

Deutsches Reich / Weimarer Republik

Deutsche Gebietsverluste durch den Versailler Vertrag:

Elsass-Lothringen (an Frankreich)

fast ganz Westpreußen an Polen

Posen an Polen

die südliche Hälfte des ostpreußischen Kreises Neidenburg an Polen

das Reichthaler Ländchen an Polen

das Hultschiner Ländchen (an die Tschechoslowakei)

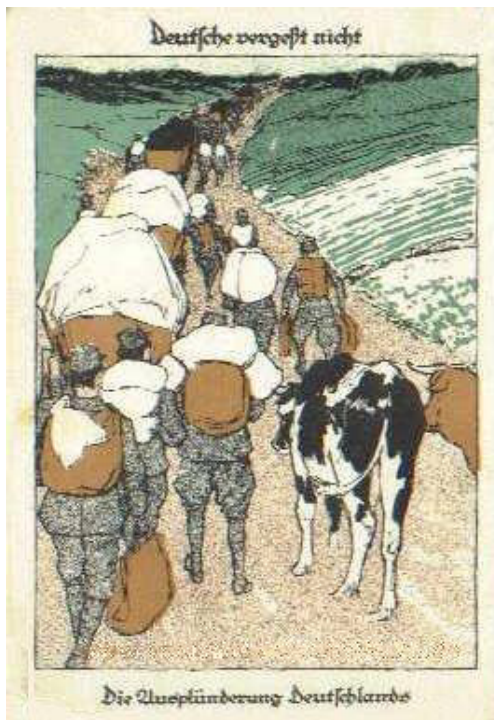
Nordschleswig (an Dänemark)

den Ostteil von Oberschlesien an Polen

das Industriegebiet um Kattowitz an Polen

Eupen-Malmedy sowie das bisherige Neutral-Moresnet an Belgien (siehe Ostkantone)





Die Bilder verdeutlichen die Situation der Weimarer Republik: Der deutsche Kaiser muss abdanken und geht nach Holland ins Exil. Das Deutsche Reich wird total ausgeplündert.

Untragbare Reparations-Zahlungen an die Entente.

Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen. Bewaffnete Aufstände der Kommunisten in vielen Teilen Deutschlands. Politische Morde. Hohe Arbeitslosigkeit. Streiks. Inflation. Hunger. Krankheiten. Not. Strassenküchen. Gleichzeitig perverse Ausschweifungen der Spekulanten und Schieber, der 'Reichen und Schönen'.

Hunger, soziales Elend und Wohnungsnot prägten das Alltagsleben der Deutschen. Die Lebensmittelrationierung wurde nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland nur allmählich abgebaut: 1919 zuerst für Eier und Fisch, anschließend für Kartoffeln und Fleisch, Monate später erst für Brot, Getreide, Butter und Milch. Hamsterfahrten und Schlangestehen gehörten zum Alltagsbild in den Großstädten, Lebensmittelkarten waren weiterhin unentbehrliches Requisite des täglichen Überlebens. Der Hunger wirkte grauenvoll. Hunderte Menschen starben täglich im Deutschen Reich, und überall fanden Tuberkulose und Rachitis zahlreiche Opfer vor allem unter den nur unzureichend ernährten Kindern, die größtenteils für ihr Alter zu klein waren. Nur die wenigsten von ihnen erhielten eine heilende Behandlung mit modernen UV-Strahlen. Im Zuge der Inflation erreichte die katastrophale Ernährungssituation ihren Höhepunkt. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen täglich ins Unermeßliche. Ein Stück Butter avancierte zu einem kostbaren Wertobjekt. Fett, Milch, Eier, Fleisch und Gemüse waren vom Speiseplan der meisten Familien verschwunden.

Arbeitslosigkeit und Massenverelendung kennzeichneten die Alltagssituation breiter Bevölkerungsschichten. Resignation und Verzweiflung waren Begleiterscheinungen der Krise, in der Tausende ihr als nutzlos empfundenenes Leben freiwillig beendeten. Andere erkannten in Adolf Hitler "die letzte Hoffnung" auf Arbeit und Auskommen. Unter den Bedingungen der Angst und Hoffnungslosigkeit von Millionen Menschen entfaltete die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ihre Propaganda, deren Erfolg ihr den Weg zur Machtübernahme 1933 ebnete.



Auf Grund des "Kriegsschuldartikels" 231 des Versailler Vertrages musste Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg Reparationen zahlen. Die endgültige Höhe und Dauer der Reparationen war im Versailler Vertrag nicht festgelegt, sondern sollte von einer mit weitreichenden Kontrollfunktionen ausgestatteten Reparationskommission ohne deutsche Beteiligung festgesetzt werden, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands überwachen sollte.

Die USA unter Präsident Wilson wollten Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus und eine stabile Situation in Europa (siehe: 14-Punkte Programm). Sie waren aber auch an einer Rückzahlung der Kriegskredite, die sie den Europäern (England, Frankreich, Italien) gewährt hatten, interessiert. Da der Großteil der Reparationen als Rückzahlung von Kriegskrediten letztendlich in die USA floss, hatten sie den größten Einfluss auf die Entwicklung der Zahlungen. Die USA zogen sich aus Europa zurück und traten auch nicht dem von Wilson initiierten Völkerbund bei.

Großbritannien unter Premierminister David Lloyd George hatte eine ähnliche Position. Es wollte Deutschland als Schutz gegen den Kommunismus, ein europäisches Mächtegleichgewicht und brauchte die Reparationen, um die Kredite an die USA zurückzahlen zu können. Es beteiligte sich nicht an der französischen Ruhrbesetzung, sondern verurteilte sie als Vertragsbruch.

Frankreich unter Ministerpräsident Raymond Poincaré war primär an einer Schwächung Deutschlands, gegen das es viele Kriege geführt hatte, und einer Stärkung der eigenen Position in Europa interessiert, so dass es hohe Forderungen erhob und hartes Durchgreifen anmahnte. Frankreich wollte auch die Kontrolle über die Industriegebiete im Westen Deutschlands. Bei der Ruhrbesetzung war Frankreich unter Poincaré die treibende Kraft.

Am 29. Januar 1921 forderten die Alliierten in Paris 269 Mrd. Goldmark in 42 Jahresraten, davon 226 Mrd. als unveränderliche Hauptsumme, außerdem musste Deutschland 12 % des Wertes seiner jährlichen Ausfuhren abgeben. Am 27. April 1921 folgte der Londoner Zahlungsplan. Der Reichstag lehnte diese Forderungen ab und die Alliierten besetzten, nachdem sie in London einen Vorschlag Deutschlands von 50 Mrd. abgelehnt hatten, am 8. März Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf.



Als Deutschland mit den Reparationszahlungen wieder in einen, vergleichsweise kleinen, Rückstand kam, rückten französische und belgische Truppen Anfang 1923 ins Ruhrgebiet ein. Die deutsche Regierung und Bevölkerung reagierte mit passivem Widerstand, das heißt, Befehle der Besatzungstruppen wurden ignoriert, ein Generalstreik wurde ausgerufen, und vor allem die Transportzüge mit der Kohle, die Franzosen und Belgier als Reparationen abtransportieren wollten, wurden umgelenkt und blockiert. Daraufhin entließen die Besatzer alle deutschen

Bahnarbeiter.

Am 13. Juli 1931 mussten alle deutschen Banken für mehrere Tage schließen, Devisentransfer ins Ausland wurde verboten, Deutschland war zahlungsunfähig. In dieser Situation erkannten die ausländischen Privatgläubiger, allen voran die Amerikaner und die Briten, dass die einzige Chance, ihre nach Deutschland geliehenen Milliarden je wiederzusehen, die Streichung der Reparationen war. Denn selbst wenn die deutsche Wirtschaft sich wieder erholte, würden nicht genug Devisen vorhanden sein, um Reparationen und private Schulden zahlen zu können.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Londoner Schuldenabkommen die Rückzahlung der privaten deutschen Auslandsverschuldung geregelt. Dazu gehörte auch ein Teil der Reparationen, die 1930 auf Anleihenbasis vorfinanziert und damit in Privatschulden umgewandelt worden waren. Ihre Höhe wurde halbiert. Bis etwa 1983 zahlte die Bundesrepublik 14 Mrd. DM Schulden zurück. Allerdings wurden Zinsen in Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich im Jahre 1990 fällig. Die Bundesregierung gab darauf Fundierungsanleihen aus, die bis 2010 aus dem Bundeshaushalt getilgt werden. Tilgung und Zinsen betragen pro Jahr etwa fünf Milliarden Euro.